



die korrespondierenden der Mauerstraße anzukaufen vorschlägt und welches bei fast gleichem Kostenbetrage noch den Vortheil hat, daß das Parlamentsgebäude inmitten der Stadt und vis-a-vis den Büros der Reichsverwaltung aufgeführt wird. Nebenbei wird aber dadurch noch der Vortheil erzielt, daß die Tauben-, Jäger- und Französische-Straße eine direkte Verbindung mit der Wilhelmstraße erhalten würden. (Wir bezweifeln sehr, daß dies Projekt im Landtag Anhänger finden wird.)

— Die vor einiger Zeit auch von uns mitgetheilten Entschließungen eines E. v. Girardin's, betreffend den Entwurf eines Bündnisvertrages, den Preußen 1867 Deutsereich angeboten habe, erhalten jetzt von Seiten der "Süddeutschen Presse" eine Art von Bestätigung. Das erwähnte Blatt schreibt:

Im März 1867 begann der luxemburgische Handel. Preußen gab in diesem bekanntlich nach, so weit es mit Ehren möglich war. Aber es sah sich gleichzeitig für den Ernstfall nach Bundesgenossen um. Damals war Fürst Hohenlohe eben bairischer Ministerpräsident geworden. Er ergriff die Gelegenheit im gesamtdeutschen wie im bairischen Interesse, eine abermalige Annäherung zwischen Preußen und Österreich zu verhindern. Wie wir aus hiesigen politischen Kreisen bestimmt erfahren, ist die Mission Tauffkirchen von dem genannten rührigen Diplomaten selbst und von seinem befreundeten Chef inzwischen worden, natürlich mit Bormissen Sr. Majestät des Königs von Bayern. Graf Tauffkirchen legte sein Projekt dann erst in Berlin vor, und Fürst Bismarck genehmigte dasselbe als akzeptablen Versuch, aber ohne sonderliche Hoffnung auf Erfolg. Er hatte seinen wackeren Gegner, den Grafen Beust richtig ironisiert. In einer stilistisch und so zu sagen journalistisch meisterhaften, politisch aber wegen des überall durchblickenden Hobbes sehr üblichen Note lehnte Graf Beust ab. Wie sich dann der luxemburgische Handel abwickelte, ist bekannt. Die "N. A. Z." hat die "Enthüllungen" Girardin's hörnisch abgesegnet und befand, daß darauf aufmerksam gemacht, daß Preußen, Österreich, Rumänien, Serbien und Montenegro nicht zustimmen könne, weil dieselben ja nicht thürlich gewesen seien? Ja, warum denn nicht? Es handelte sich natürlich nur um die Souveränität über die betreffenden Länder, nicht um die Souveränität. Bedenklicher erscheinen die Vorschläge hinsichtlich der deutschen Frage, bedenklich, aber in einem Augenblitze, wie dem damaligen keineswegs unmöglich. Indes, das ist nur Nebensache. Die Hauptfrage ist die Frage, 1) Was soll mit diesen "Enthüllungen" beworfen werden? 2) Woher hat Herr v. Girardin dieselben? Die Antwort auf die erste Frage ist selbstverständlich. Russland soll gegen Deutschland aufgehetzt werden. Daß das gelingen werde, glauben wir nun freilich nicht. In St. Petersburg wird man die damaligen Evolutionen längst gekannt und zu dem Uebrigen gelegt haben. Aber woher hat Herr von Girardin diese wahren oder entstellten Altersstücke gehabt? Die Antwort lautet: von dem Großen Beust. Der frühere österreichische Premier hat bekanntlich 1867 vorgeblich versucht, durch orientalische Konzessionen Russland von Preußen zu trennen und dadurch seine "Revanche" für 1866 vorzubereiten. Er hat die Altersstücke der Mission Tauffkirchen natürlich belesen und scheint eine Abkchrift davon Herrn von Girardin in die Hände gespielt zu haben. Schmerling und Beust sind natürliche Bundesgenossen gegen den Grafen Andrássy, und dieser letztere hat bekanntlich neuerdings die Drohwoche des ungarischen Ministerpräsidenten Tisza gegen die Militärpartei der wiener Hofburg auszuspielen für nötig gehalten. Fürst Bismarck hat ihm dabei zur Hilfe kommen zu müssen geglaubt und hat diesen Zweck auch erreicht. Darin liegt offenbar die Bedeutung des bekannten Provinzialcorrespondenten.

Damit wäre denn auch zugleich ein neuer Versuch, Zweck und Entstehungsart des Schmerling-Artikels aufzudecken gegeben, der vor vielen ähnlichen den Vorzug innerer Wahrscheinlichkeit voraus hätte. Zur Bestätigung der Unterstellung der "Süd. Pr." weist die "Nat. Ztg." auf die ganz ähnlich klängenden Enthüllungen hin, die vor einiger Zeit der Londoner "Observer" über Vorschläge Preußens an Österreich brachte und die auf die Inspiration des Grafen Beust direkt zurückgeführt wurden. Auch ragt in der That der Name des Grafen Beust wenigstens wieder in die neuesten journalistischen Kombinationen gegen Graf Andrássy herein. So meldet man heute aus Pest: "Das Organ der Sennyei-Partei, 'Lelet Nepe', gefällt sich in sensationellen Telegrammen, deren Spitze stets gegen die Stellung des Grafen Andrássy gerichtet ist, den sie cora publico unterführen will. So meldet das Blatt in einem wiener Telegramme, daß Graf Beust zum österreichischen Ministerpräsidenten designiert sei." Das Graf Beust, der eben namentlich in Paris viel ab und zugeht, ganz der Mann dazu ist, den österreichischen Armee zu spielen; bezweift in Deutschland wohl Niemand im Ernst.

— In der 6. Sitzung des Provinziallandtags der Provinz Brandenburg wurde u. A. zur Wahl des Vorständen des Provinzialausschusses geschritten, bei welcher im Ganzen 84 gültige Stimmen abgegeben wurden, von denen 42 auf Herrn v. Kochow (Plessow), 41 auf Herrn v. Kleist (Gernrode) und 1 auf Herrn Scharnweber (Berlin) fielen. Da keiner dieser Herren die absolute Majorität erhalten hatte, wurde zur engen Wahl zwischen Herrn v. Kochow und Graf v. Kleist geschritten. Letzterer erhielt 45 und Herr v. Kochow 40 Stimmen, doch wurde diese Wahl wegen einer konstatierten Unregelmäßigkeit von der Versammlung für ungültig erklärt und erst beim dritten Wahlgange siegte Graf Kleist mit 45 gegen 38 Stimmen. Graf Kleist ist somit auf sechs Jahre zum Vorständen des Provinzialausschusses gewählt. Derselbe nahm die Wahl an, hielt es für zweifellos, daß die Thätigkeit des Provinzialausschusses minuten zu Reibungen mit den materiellen Interessen einzelner Theile der Provinz führen könnte, bat aber im Allgemeinen und namentlich die Vertreter der Kommunalverbände, verzichtet zu sein, daß der Ausschuß stets Billigkeit und Gerechtigkeit wahren möge. — Der zum Landesdirektor der Provinz Brandenburg gewählte Landrat des Kreises Königshain in der Neumark, Herr von Levezow, ist am 12. September 1868 auf Gossow in der Neumark geboren und seit 1849 im Staatsdienste; erst bei der Regierung in Potsdam beschäftigt, beleidete er in den Jahren 1857 bis 1861 das Amt eines Hilfsarbeiter im Ministerium der geistlichen Angelegenheiten. Später bewirtschaftete er seine Güter und wurde im Jahre 1869 zum Landrat des Kreises Königshain ernannt. Herr von Levezow gehörte als Mitglied dem Norddeutschen Reichstage in den Jahren 1867 bis 1870 an, wo er sich zur konservativen Partei, und zwar zum rechten Flügel derselben hielt. Für die Wahl des Herrn von L. zum Landesdirektor stimmten auch die Liberalen, indem sie anerkennen mußten, daß der Gewählte sich ganz und vollständig auf den Boden der neuen Gesetzgebung und der mit ihr verbundenen Selbstverwaltung gestellt habe. Die Wahl dürfte schon kurzem die königliche Sanction erhalten.

Nach einer dem General-Postamt zugegangenen Mitteilung des Hauptbank-Direktors ist von einer Postanstalt die Abnahme preußischer Banknoten über 100 Thaler verweigert worden. Das General-Postamt hat hieraus Veranlassung genommen, die sämmtlichen Postanstalten, Telegraphenämter und Oberpoststellen anzuweisen, die auf Thaler lautenden Noten der preußischen Bank auch fernerhin in Zahlung anzunehmen. Die bezeichneten Noten dürfen aber nicht wieder verausgabt werden, dieselben müssen vielmehr bei den Bankanstalten gegen Erfüllung des Wertes in gängbaren Zahlungsmitteln zum Umtausch gebracht werden. — Von allgemeinem Interesse ist jedenfalls die Herstellung einer Weltpostkarte, auf welcher man mit einem Blicke übersehen kann, wieviel das Porto auf der ganzen bewohnten Erde kostet und wieviel, sei es Brief, Postkarte oder Waarenprobe etc. eine Postkarte bedarf, um an seinen Bestimmungsort zu gelangen. Diese Karte ist von dem im Postfach bewährten Postsekretär F. R. A. Lange entworfen und praktisch ausgeführt.

— In einer der letzten Nummern des Staats-Anzeigers befindet sich die Publikation eines Paters, welches geeignet sein dürfte, auch in weiteren Kreisen lebhaftes Interesse zu erregen. Herr Theodor Müller ist es gelungen, einen Katholizismus zu konstruieren, durch welchen es ermöglicht wird, eine größere Anzahl von telegraphischen Depeschen gleichzeitig auf einer einzigen Leitungstrichtung zu befördern, und so bei der namentlich zur Vorszeit so häufig eintretenden Anhäufung von Depeschen eine nicht zu unterschätzende Erleichterung des telegraphischen Verkehrs herbeizuführen. Dabei kann in beiden Richtungen gleichzeitig telegraphiert werden, und dünkt für Telegraphen-Berwaltungen, welche sich diese Erfindung nutzbar machen sollten, noch der Umstand besonders wichtig, daß der Katholizismus für Typen-Druck (Types) wie für Morse Apparate gleich brauchbar ist, ja sogar beide Gattungen gleichzeitig benutzt werden können. Daß bei der Errichtung neuer Stationen der in Vrede stehende Apparat eine erhebliche Einsparung an Leitungsträgern erbringen wird, liegt auf der Hand.

— Die Preßdeputation des Stadtgerichts verhandelte am Donnerstag gegen den früheren verantwortlichen Redakteur der "Germania" Taube in elf verschiedenen Prozesslinien Nr. 142 und 215 der "Germania" vom vorigen Jahre enthaltenen Artikel, deren Inhalt den Bürgermeister Nägele zu Widerath beleidigen soll; Nr. 162 soll durch eine Besprechung der Behandlung geangener Geschichten die künftige Regierung zu Trier, Nr. 182 das Saalsministerium, Nr. 184 den Kriegsminister, Nr. 216 den stud. theol. cath. Gaspar beleidigen, letzteren durch die Behauptung, er sei wegen lüderlichen Lebenswandels vom Seminar relegirt, während er in Wahrheit entlassen wurde wegen der Unterwerfungserklärung unter die Maigesetze. Nr. 166, 172, 175, 225 und 227 endlich sollen durch ihren Inhalt zum Ungehorsam gegen die Gesetze aufreizen. — Der Staatsanwalt beantragte wegen fünfmaligen Vergebens gegen § 116 des Strafgesetzbuchs und sechsmaliger Bekleidung einer Busakazie zu dem noch nicht rechtsträchtigen Erkenntnis vom 21. September v. J., welches den Angeklagten aus gleichem Anlaß zu 5 Monaten Gefängnis verurteilte, von einem Jahr und einem Monat, so daß sich die Gesamtstrafe nach Beinahe viermonatiger Untersuchung auf anderthalb Jahre Gefängnis belaufen würde. — Der Gerichtshof legte die Publikation des Urteils auf Sonnabend den 8. d. M. aus. Dieselbe mußte indes aus Anlaß der zwischen erfolgten Erkrankung eines der Richter, des Vorstandes des Stadtgerichts-Direktor Reich, auf unbestimmte Zeit aufgeschoben werden.

Breslau, 7. Januar. „Für Theilung der Diözese“ Breslau schreibt das „Siles. Kirchenbl.“: Wir könnten jüngst aus zuverlässiger Quelle melden, daß die Abmachungen zwischen der preußischen und österreichischen Regierung ziemlich perfekt waren, und es sich nur darum handelte, den apostolischen Stuhl für den Plan zu gewinnen. Wir zweifeln nicht daran, daß man in Rom prinzipiell der Trennung nicht widerstrebt, spricht aber sofort unser Zweifel aus, ob man bedingungslos und ohne billige Rücksicht auf die vermögensrechtlichen Verhältnisse die Trennung zu vollziehen geneigt sein werde. Wir haben wiederholt auf das Unrecht hingewiesen, welches den breslauer Stuhle gebracht, wenn er die österreichischen Güter ohne jede Entschädigung verliert, und wir wissen, daß der apostolische Stuhl über diese Verhältnisse gut informiert worden ist. Trotzdem glauben wir, daß die Trennung nur eine Frage der Zeit ist, und wir würden kein Wort der Klage und des Protestes dagegen verlieren, wenn die Regierungen sich wenigstens bemühten, dem breslauer Stuhle einigermaßen Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Das wird vielleicht unter anderen Verhältnissen eher geschehen; jetzt scheint die preußische Regierung mit der Trennung sehr Eile zu haben und das österreichische Kabinett diese Eile auszu nutzen, um das Durchsetzen zu erhalten, wodurch dessen Begnahme frühere preußische Regierungen energetisch Einsprache erhoben haben.

Schwerin, 8. Januar. Der mecklenburgische Landtag ist auf den 16. Februar nach Sternberg ausgeschrieben. Die Verfassungsreform befindet sich nicht unter den Regierungskommissionen.

Mainz, 6. Januar. Der "Mainzer Einiger" schreibt: Eine Reihe von Mikrohandlungen in unglücklicher Art, verübt durch Agenten unserer Polizei, wird uns von den Opfern derselben mitgetheilt. Dieselben wurden wegen eines unbedeutenden Straßentäufers verhaftet und in das Depot abgeführt. Dort angelangt, wurden sie einem summariischen Verfahren unterworfen, welches sie, wie folgt, schildern: „Nachdem wir zuletzt hineingegangen waren, empfing man uns drinnen mit Faustschlägen, riß uns bei den Haaren und schließlich regalzte uns der wachhabende Sergeant mit der Hundespitze.“ — „Wir haben, bemerkte das Blatt, bei einer anderen Veranlassung uns durch Rücksichten bewegen lassen, zu schwigen, verlangen jedoch, daß bessere Garantien gegeben werden, um Staatsbürger vor solchen Exzessen der Polizei zu schützen, als diese bisher der Fall gewesen zu sein scheint.“ — Jedenfalls ein recht ansprechender Beitrag zu der bekannten Theorie von der Schulwolligkeit des Schumanns!

München, 3. Januar. Seit Neujahr ist die Goldwährung gesetzlich eingeführt, aber es fehlt so sehr an neuen Münzen, daß im gewöhnlichen Verkehr durchgehends noch nach den alten gerechnet werden muß. Die Leute mit offenen Läden klagen, obwohl sie wiederholt nach den Einlösungsstellen gesendet, seien die Thüren zurückgewiesen worden, weil man nicht bloß des großen Andrangs wegen, sondern weil es eben an neuer Münze mangelt, die alten Geldstücke nicht habe umtauschen können. Gute sieht man im allgemeinen Verkehr fast gar nicht; die wirkliche Gestaltung sieht wie eine Satyre auf die proklamierte Goldwährung aus. — Wie in früheren Jahren gratulierte der König von Bayern Süddeutschen Blättern zu folge auch diesmal dem Fürsten Bismarck auf telegraphischem Wege zum neuen Jahre.

Brüssel, 6. Januar. Vor einiger Zeit verantworte von zahlreichen auffälligen Waffenverkäufen unter der Arbeiterbevölkerung; man sprach die Beirichtung aus, es könnte in kurzer Frist zu blutigen Zusammenstößen, ja zu einem Bürgerkriege kommen. Daß die Erhebung sich nach diesen Mittelheilungen vorzugsweise gegen die katholische Kirche und die Priester richtet, mahnte allerdings zur Vorsicht; dann es lag nach der bekannten Taktik der Ultramontanen die Vermuthung nahe, daß es sich hier um ein gegen die Liberalen Belgien gerichtetes Parteidrama handle. Jetzt findet sich in der "Indépendance Belge" ein aus dem Mittelpunkte der Strikedistrizte datirter Bericht des "Journal de Charleroi", in welchem konstatiert wird, daß von nennenswerthen Ausschreitungen der striken Arbeiter nicht die Rede sein könne und daß höchstens einige Gassenjungenstreiche vorgekommen seien. Von dem "Gewerkschaft", daß die katholische Presse sofort zum Druck brachte, hört man in den Arbeiterdistrikten nichts und es steht zu vermuten, daß es einer ultramontanen Feder seinen Ursprung verdankt. Es würde sich daher bestätigen, daß die klerikalen Zeitungen, indem sie die allarmierenden Nachrichten von einer bevorstehenden sozialen Revolution verbreiteten, die vorliegenden Verhältnisse jedenfalls übertrieben und den Zweck verfolgen, für die nächsten Wahlen die ultramontane Aktion vorzubereiten oder die Liberalen als Bundesgenossen der Sozialisten zu verdecken. Uebrigens macht der Charleroier Berichtsteller auf die zahlreichen deutschen und französischen sozialistischen Emigranten aufmerksam, welche sich in den stricken Distrikten bewegen. Jedenfalls — so berichtet ein Korrespondent — haben, wenn die Arbeiter wirklich bedrohliche Pläne im Schilde führen, die sofort an Ort und Stelle gesandte Gendarmerie und die militärische Promenade einiger Bataillone regulären Truppen solche zu nicht gemacht. Doch ist weder von Seiten der Grubenarbeiter, noch der Soldaten ein Schuß. Uebrigens hat, wie der hiesige "Etoile" meldet, unter Befehl des Königs Leopold ein Komitee des belgischen Ministeriums stattge-

fund, in welchem wichtige Maßregeln für den Fall beschlossen seien sollen, daß die Haltung der stricken Arbeiter zu ernsten Konflikten mit den Truppen führen würde. Inzwischen, sagt das erwähnte Blatt, wächst die Aufregung im Lande über der Sorglosigkeit, mit welcher die Regierung die Bewaffnung der Arbeiter auseilt, mehr und mehr, und man fürchtet davon ähnliche Konsequenzen, wie diejenigen, welche aus der seitens der damaligen französischen Regierung ruhig und sorgfältig beobachtet wurden. (Inzwischen scheinen doch größere Befreiungsmaßregeln für nötig befunden zu werden; so meldet die "Indépendance belge" vom 9. d. J., daß zwei Bataillone Karabiniere in der vorhergehenden Nacht von Charleroi abgegangen seien, wo der Strike noch fortduerte; die hiesige Garnison habe Befehl erhalten, sich zum Abgang dorthin bereit zu halten.)

London, 4. Januar. Lord Lytton, der einzige Sohn des großen Romanautors, Redners und Staatsmannes Bulwer-Lytton, schreibt, wie ein Druckfehler in einem Telegramm sagte, der letztere selbst ist an Stelle Lord Northbrook's zum Vizekönig von Indien ernannt. Er ist 1831 geboren und studierte eine Zeit lang in Bonn. Auch er hat sich, seinem vor drei Jahren verstorbene Vater nachahmend, mit Erfolg als Dichter und Romanschriftsteller betätigt. Er begann seine diplomatische Laufbahn als Gesandtschafts-Attaché in Washington 1849 und war seitdem bei den Gesandtschaften und Botschaften Englands an verschiedenen europäischen Höfen thätig. Seit Dezember 1874 ist Lord Lytton Gesandter in Lissabon. Den Gouverneursposten von Madras, der ihm im vergangenen Mai angeboten wurde, lehnte er damals ab. Seine Ernennung ist ziemlich unerwartet. Mehrere andere Kandidaten, besonders der gegenwärtige Gouverneur von Madras, der Herzog von Buckingham, und Sir Bartle Frere waren verschiedentlich als Nachfolger Lord Northbrook's bezeichnet worden.

Die "Daily Mail Gazette" erfährt, daß Kapitän Brudenstiel beabsichtigt, eine von deutschen Fachleuten geführte Untersuchung über den Untergang des Dampfers "Deutschland" zu verlangen, und daß er im Zweck sich demnächst von hier nach Bremen begeben wird. — Aus Japan wird vom 19. November gemeldet, daß die Entscheidung des Kaisers von Russland in Sachen des Schiffes Maria Luisa daselbst eingetragen ist. Dieses Schiff war vor zwei Jahren durch Noth gezwungen worden, in den Hafen von Kanagawa einzulaufen. Bei der Gelegenheit befreite Japan die in Macao Fangwei einzuschiffen wollten. Der Schiedsspruch des Kaisers Alexander in Eius am 24. Mai unterzeichnet und vom Baron Iomini gezeichnet, lautet dahin, daß Japan recht gehandelt und für keine Kosten haftbar sei, die den Interessenten aus Zeitverlust des Schiffes und Verlust des menschlichen Waare entstanden.

## Lokales und Provinzielles.

Posen, 10. Januar.

r. Der allgemeine Männergesangverein hatte am Sonnabend im Volksartenale ein Kinderfest veranstaltet, an welchem die Belebung eine sehr zahlreiche war. Nach einer einleitenden Ouvertüre und einem von den Sängern des Vereins vorgetragenen Chor wurde auf der Bühne des Soates das dramatische Märchen "Achenbrödel", in 5 Akten, durch Kinder von Vereinsmitgliedern aufgeführt. Um das Lustspiel hatte sich der Verein des Volksgartentheaters, Dr. Höven, ein besonderes Verdienst erworben. Es traten im Ganzen gegen 40 kleine Künstler meistens recht glänzende Kostüme, auf und spielten dieselben mit großer Freude und Liebe. Die Vorstellung dauerte von etwa 8½ bis 10 Uhr. Daselbst führten etwa 200 Kinder, paarweise geordnet, eine großpolonaise auf, und schritten alsdann zur Verlootung, wobei auf jedem Kleinen ein Gewinn fiel. Den Schluss des Kinderfestes machte ein kleiner Kinderball (Polka, Galopp, Chorale), der gegen 12 Uhr Mitternachts sein Ende erreichte. Nachdem alsdann eine große Party eingetreten war, in der die Kleinen zum großen Theile nach Hause gebracht wurden, begann das Tanzen der Erwachsenen, welche gegen 5 Uhr Morgens dauerte.

— Eine neue polnische Zeitschrift für Forstwesen, die sich "Beziedla lesny" (Waldschoen) nennt, erscheint hier seit dem 1. Januar. Als Redakteur und Verleger zeichnet sich Herr Rivoli. Im Leiteratikel findet die Redaktion da zu zeigen, daß es notwendig sei Materialien zusammen zu bringen, welche den Aufbau einer eigenen polnischen Forstwissenschaft ermöglichen. Erst wenn diese Materialien gesammelt sein werden, könnte es möglich sein an die Einführung einer polnischen Wirthschaft im Walde zu denken.

— Personalveränderungen in der Armee. Im Stehen der Heere: Müller, Oberst und Kommandeur des 3. Badischen Inf. Regt. Nr. 111, unter Beförderung zum Gen. Major, zu den Offizieren vor der Armee verzeigt. Führ. v. Massenbach, Oberst, beauftragt mit der Führung der 20. Inf. Brig., unter Beförderung zum Gen. Major zum Kommandeur dieser Brig. ernannt. Ribentrop, Oberst u. Kommandeur der 1. Felt.-Art. Brig., zum Gen. Major beförder. Prinz zu Solms-Waldeck, Oberst à la suite der Armee, der Char. als Gen. Major verliehen. v. Beuner, Oberst und Kommandeur des 2. Thür. Inf. Regt. Nr. 32, in gleicher Eigenschaft zum 3. Baden. Inf. Regt. Nr. 111 verzeigt. v. Fosch, Oberst Lt. vom Großherzog Mecklenburg-Fürst. Regt. Nr. 90, mit der Führung des 2. Thüring. Inf. Regt. Nr. 32 unter Stellung à la suite desselben, beauftragt. Lüdecken, Vorführ. vom 2. Hanseat. Inf. Regt. Nr. 76, zum 3. Niedersächs. Inf. Regt. Nr. 50 verzeigt. Lubert, Pr. Lt. vom 3. Posen. Inf. Regt. Nr. 58, unter Stellung à la suite des Regts., als Lehrer zur Kriegsschule in Hannover verzeigt. Schwarz, Pr. Lt. vom 1. Schles. Jäger-Bat. Nr. 5, in das 3. Posen. Inf. Regt. Nr. 58 verzeigt. v. Spies, Sch. Lieutenant vom 1. Schles. Jäger-Bat. Nr. 5, zum Pr. Lt. beförder. v. Witzendorff, Gen. Major und Chef des Militär-Reit-Instituts, der Führung der Kav. Div. des XV. Armeecorps beauftragt. v. Hennig, Gen. Major und Kommandeur der 21. Kav. Brig., zum Gen. Major beförder. Prinz zu Solms-Waldeck, Oberst à la suite der Armee, der Char. als Gen. Major verliehen. v. Beurer, Oberst und Kommandeur der 14. Kav. Brig., in gleicher Eigenschaft zur 16. Kav. Brig. verzeigt. v. Streiff, Gen. Major u. Kommandant von Spandau, ein Patent seiner Char. verliehen. v. Leipzig, Major vom Großen Generalstab, zur Kav. Div. des XV. Armeecorps verzeigt. Führ. v. Gemmingen, Oberst und Kommandeur des 3. Baden. Drag. Regts. Prinz Karl Nr. 22, unter Stellung à la suite dieses Regts., mit der Führung der 21. Kav. Brig. beauftragt.

— Rawitsch 6. Januar. Oberstabsarzt Voers, Volkssbildungverein. Heute fand unter lebhaftester Theilnahme aller Kreise der Bevölkerung das Begräbnis des plötzlich in Folge eines Schlaganfalls verstorbenen Oberstabsarztes A. D. Voers statt. Derselbe erfreute sich in hohem Grade der allgemeinen Hochachtung und Liebe und übte durch seine humanen, klaren Lebensanschauungen einen segensreichen Einfluß auf weite Kreise aus. — Wie wir hören, wird ins Leben zu rufen. Der Verein will hauptsächlich öffentliche Vorträge der sozialdemokratischen Partei durch Volksversammlungen und Bälle hier unter der Arbeitervolksschule anbauen zu gewinnen, schenkt auf die Notwendigkeit eines solchen Vereins hingewiesen zu haben und hofft man daher, daß alle, die nicht Freunde der sozialdemokratischen Propaganda sind, sich diesem Vereine anschließen werden.



